

28. Jahrgang, Ausgabe 1, April 2022

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

Wort zum Osterfest

Aus dieser Ausgabe

Wort zum Osterfest	1
An der Epochen- schwelle	2
Wort zum Krieg in der Ukraine	6
Die Säkularisierung und Entchristlichung der Gesellschaft und ihre Impli- kationen auf die praktische Politik	7
Christliche Ver- antwortung für unsere Gesell- schaft heute wahrnehmen	9
Neuwahl des EAK- Landesvorstandes	13
Kinderliteratur- tipp	20

Ostern - höchster Feiertag der Christenheit und der Kirche. Warum eigentlich Ostern und nicht Weihnachten? Ist nicht der Geburtstag wichtiger? In diesem Fall nicht – Weihnachten feiern wir die Geburt von Jesus Christus, dem Erlöser. Aber Ostern feiern

wir Christinnen und Christen weltweit die Erlösung selbst.

Was für eine Erlösung, mag mancher fragen. Es ist die Erlösung von der größten Furcht und Angst der Menschen. Der Angst vor dem Tod und dem Sterben müssen. Eine Angst, die mit Krieg und Pandemie sehr nah in unser Leben gekommen ist. Für viele Menschen zu dicht. Sie können es kaum aushalten. Wenn wir diese Angst los sind, dann ist das unser größter Grund zur Freude. Und darum wurde Ostern und bleibt es das schönste und wichtigste Fest, der höchste Feiertag der Christenheit.

Wie die Erlösung von unserer großen Furcht und Angst begonnen hat, davon erzählt die Bibel in ihren Ostergeschichten: Zwei Frauen sind unterwegs, um nach dem Grab von Jesus zu sehen. Da vibriert die Erde unter ihren Füßen. Sie erzittert durch und durch.

So steht es bei Matthäus zu Beginn des 28. Kapitels. Die Erde bebt, sie bricht auf, die Grabeshöhle springt auf. Der Stein ist weg. Osteraufbruch! Es sind die Frauen zuerst, die die frohe Botschaft hören und sehen: Der Herr ist auferstanden. Das Grab ist leer. Jesus lebt!



alte ukrainische Osterkarte
Quelle: WIKIMEDIA
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Easter_card_ukr_leg.jpg

Ob wir wohl auch so gehen können – wie diese Frauen: So vorsichtig, um die Erde zu spüren, wie sie langsam aufricht. Wie die Krume nach oben drängt – getrieben von den aufkeimenden Pflanzen?

Ob wir wohl auch so gehen



Superintendent Stephan Hoenen ©Foto Antje Wilde

können – wie diese Frauen: So empfindsam, um die Erde zu spüren, die nun aufbricht von der Macht des Lebens, unaufhaltsam ans Licht drängend?

Die Erde bebte – das war kein Zeichen des Schreckens; war kein Erdbeben, das auf einer Richterskala gemessen werden konnte; es folgte nicht auf den Einschlag eines Geschosses, das Zerstörung und den Tod bringt. Nein dieses Beben – das war das Zittern der Erde vor Freude. So wurde unser Leben nicht ausgelöscht, sondern ausgelöst. Grund aller Hoffnung auf die Auferstehung. „Erde zu Erde“ sprechen wir und werfen eine Handvoll ins offene Grab, wenn wir von einem Menschen Abschied nehmen. Und genau so eine Hand voll Erde, feucht und kühl - hat die Kraft wachsen zu lassen. Aus der Erde stößt das neue Leben hervor – wenn das nicht unsere Angst nimmt!

So zeigt sich der Glaube an die Auferstehung, der Glaube an den Sieg des Lebens, weil Christus zuerst auferstanden ist. Jesus, auferstanden von den Toten tritt selbst zu den beiden Frauen und spricht sie an mit einem Wort das Kraft hat: „Fürchtet euch nicht!“ Und er setzt fort: Geht zu den Brüdern, zu den Jüngern und sagt ihnen, sie sollen nach Galiläa gehen, dort werden sie mich sehen. Das bedeutet, die Jünger sollen in ihre Heimat zurückgehen.

Für uns heute heißt es: Auch in unserer vertrauten Umgebung, da wo wir herkommen und leben, in unserem Alltag – auch dort wird es Ostern werden. Gott wird Neues wachsen lassen bei uns – auf unseren Feldern und auf dem Acker unseres Lebens. Und die Steine, die uns hemmen, geraten ins Rollen und ein Ausweg wird frei. Gott kommt in die Dunkelheit, wo unsere Sehnsucht nach dem Leben begraben liegt. Er ruft uns hinaus in das neue Licht.

Christus selbst ist das Licht der Welt – er erleuchtet seine Kirche an ihrem höchsten Feiertag. Er ist der Trost der ganzen Welt, der Verletzten Heil, der

Streitenden Friede, der Verzagten österliche Freude. Denn er selbst ist auferstanden. Wahrhaftig.

Stephan Hoenen, Superintendent in Magdeburg

An der Epochenschwelle



Dr. Roger Mielke ©Foto privat

Evangelische Friedensethik revisited – anlässlich des Überfalls Putins auf die Ukraine

Mit dem 24. Februar 2022 ist eine Epoche zu Ende gegangen – auch für die evangelische Friedensethik seit 1945. Das meint der Koblenzer Militärdekan Roger Mielke, von 2012-2018 Referent für Fragen der öffentlichen Verantwortung der EKD, und skizziert das seines Erachtens notwendig gewordene Revirement.

Der von Präsident Putin angeordnete Überfall russischer Streitkräfte auf die Ukraine am 24. Februar 2022 kann in der geschichtlichen Erinnerung Europas nur mit den Ereignissen im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges verglichen werden. Nicht umsonst wurde in diesen Wochen München 1938 als „lieu de memoire“ aufgerufen. Evangelische Friedensethik muss sich dieser Lage stellen, ihr ist ein neuer Realismus abverlangt, der sich dem Schrecken über den Krieg ebenso stellt, wie er den Friedensauftrag des Evangeliums und die politischen Friedensaufgaben bedenkt.

Diese Lage ist neu und die normativen Texte evangelischer Friedensethik, allen voran die Friedensdenkschrift 2007, hatten eine solche Konstellation ebenso wenig im Blick wie die Initiativen der EKD und der Gliedkirchen in den vergangenen Jahren – zu denken ist etwa an das in der Evangelischen Kirche in Baden entwickelte „Szenario Sicherheit Neu Denken“, das einen strikten Pazifismus zu operationalisieren sucht, der bei der grundsätzlichen Abschaffung des Militär endet. All das wirkt nun merkwürdig aus der Zeit gefallen. Was aber könnte denn in die Zeit passen?

Auf der richtigen Seite der Geschichte

Lange konnte sich die evangelische Friedensethik einigermaßen sicher sein, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Mit dem Jahr 1989 war der Jahrzehnte währende Blockkonflikt zu Ende gegangen, ein langdauernder Friede für Europa schien in greifbarer Nähe gerückt. Allerdings wurde schon diese Idylle empfindlich gestört durch die blutigen Kriege, in denen der jugoslawische Vielvölkerstaat zerbrach.

Das historische Interim dauerte allerdings wenig mehr als zehn Jahre. Die Anschläge des 11. September 2001 beendeten die historische Pause, in der man meinen konnte, dass Francis Fukuyama mit seinen Thesen vom „Ende der Geschichte“ und der Alternativlosigkeit der liberalen westlichen Ordnung recht hatte. Im Jahr 2001 begann der zwanzigjährige „War on Terror“, der erst im Sommer 2021 mit dem Abzug der westlichen Truppen aus Kabul an sein Ende kam – mit katastrophalen Folgen für die von Regimewechseln betroffenen Länder ebenso wie für die Legitimität der „Internationalen Liberalen Ordnung“. Auf den lodernen Feuern der endlosen Kriege, angefacht von technologischem Wandel und ökonomischen Gewichtsverschiebungen konnten „revisionistische“ Mächte, allen voran China und Russland, die von den USA in ihrem „unipolaren Moment“ unangefochten dominierte UN-Ordnung Schritt für Schritt unterminieren. Trägt die Herausforderung des Westens von dieser Seite die Signatur kompakter autoritärer Staatlichkeit, so liegt eine weitere kaum weniger beunruhigende Gefährdung der liberalen Ordnung am anderen Ende des Spektrums politischer Organisation: Zu sprechen ist von zerbrochener, zerbrechender und fragiler Staatlichkeit etwa in den Staaten des „Krisenhalbmondes“ von Afghanistan bis Marokko.

Diese politischen Gebilde sind vielfach willkürlich aus der kolonialen Konkursmasse von westlichen Staatsmännern geformt und fallen nun, gekapert von ihren eigenen kleptokratischen Eliten, den revisionistischen Mächten in den Schoß. Militärische Einsatzszenarien wie in Afghanistan oder gegenwärtig in Mali einerseits, und die Herausforderung an der Ostflanke der NATO andererseits sind strategisch und geopolitisch im Zusammenhang zu sehen. Die liberalen Staaten werden sich zu ihnen zu verhalten haben.

Herrschaft des Rechts?

Im Rückblick stellt sich die Frage, ob die zunehmende Verrechtlichung internationaler Beziehungen im Sinne des Völkerrechts und der UN-Ordnung nicht ein historisches Interim gewesen ist. In diesem Sinne wäre

nicht der gegenwärtig eskalierende Einsatz von Gewalt das Ungewöhnliche, sondern vielmehr eine Jahrzehnte währende relative Berechenbarkeit und Rechtssicherheit in den internationalen Beziehungen. Die Rückkehr von Gewalt wäre dann als eine Rückkehr in den Normalzustand zu lesen, den etwa Henry Kissinger als die „westfälische Ordnung“ souveräner Nationalstaaten beschrieb, die in der Lesart einer neorealistischen Theorie Internationaler Beziehungen als „Sicherheitsmaximierer“ zu verstehen sind.

In diesem machiavellistischen Framework gelesen sind Putins Schritte plausibel, nachvollziehbar. Wenn Politik künftig in diesem Verständnis gestaltet wird, muss sich auch die normative wie empirische Reflexion von Politik, und damit auch die evangelische Friedensethik darauf einzustellen haben. Illusionslos betrachtet wäre die Rückkehr der Geopolitik damit eine Rückkehr der Wirklichkeit in eine schön bunt gefärbte normative Welt, wie evangelische Friedensethik sie sich nach dem Ende der Blockkonfrontation zurechtgelegt hat. Andererseits macht der weltweite Aufschrei gegen die von Putin verantwortete Aggression auch die Stärke der Sprache von Gerechtigkeit und Recht deutlich. Den Informationskrieg gegen den ukrainischen Präsidenten hat Putin schon verloren.

Argumentationsfiguren evangelischer Friedensethik

Von dieser Analyse aus legt sich ein Blick auf die normativen Ressourcen evangelischen Friedensethik nahe. Wir erinnern uns kurz an die grundlegenden Orientierungspunkte der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 („Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“). Das dort formulierte friedensethische Paradigma des Gerechten Friedens kann man in knappen Sätzen zusammenfassen:

1. Vorrang der Gewaltlosigkeit; 2. Frieden als mehrdimensionaler Prozess: Verringerung von Gewalt, Abbau von Not, Förderung von Freiheit, Gewährleistung kultureller Vielfalt; 3. Frieden durch Recht; 4. Friedenssicherung durch begrenzten Einsatz rechtserhaltender Gewalt.

Wenn man von diesen Grundsätzen ausgehend näher in die Denkschrift hineinzoomt, erkennt man einige Argumentationsfiguren: Die Denkschrift formuliert 1. In Praktiken eingebettete „Werte“, also affektiv besetzte Wahrnehmungen des „Guten“; sie bezieht sich 2. auf ein Bündel von allgemeinen, an Rechten und Pflichten orientierten handlungsbezogenen Normen; und sie referiert – sparsam – 3. auf die Einpassung in einen historisch besonderen Kontext – die Denkschrift von 2007 ist nach dem EKD Text 72 der Kammer für Umwelt und Entwicklung „Richte unsere Füße auf den Weg

des Friedens“ von 2002 diejenige Publikation, in der kirchliche evangelische Friedensethik auf die Erfahrungen des „Jahrzehnts der Interventionen“ zu reagieren suchte. Die Friedensdenkschrift von 2007 bringt damit einen Jahrzehnte währenden Prozess der Formulierung evangelischer Friedensethik zu einem bemerkenswerten und gültigen Abschluss. Seit den Heidelberger Thesen und den Debatten um „Wiederbewaffnung“ und atomare Rüstung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gab es in der evangelischen Friedensethik die beiden Lager eines konsequenten Pazifismus einerseits und einer „realistisch“ an den Gegebenheiten der politisch orientierten „Verantwortungsethik“ andererseits. In einer die tiefen Zerwürfnisse harmonisierenden Denkfigur sprach man von einer „Komplementarität“ der beiden Lager. In der Friedensdenkschrift von 2007 kam es nun zu einem fragilen Kompromiss zwischen Pazifismus und „Verantwortungsethik“, man spricht von einem „Verantwortungspazifismus“ (Hans Richard Reuter) oder von einem „legal pacifism“. Wenn man die oben skizzierten Argumentationsfiguren aufnimmt, fallen drei Zusammenhänge auf:

Erstens: Grundlegend sind die biblischen Imaginationen des Friedens, starke Bilder und Narrative, gebunden an religiöse Praktiken, die über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg die politische Gestaltung und – mehr noch als das – über die engeren Grenzen der politischen Gestaltung hinausgehende moralische Imaginationen (Oliver O'Donovan) entzündet und befeuert haben.

Zweitens: Im Konzept des liberalen Rechtsfriedens findet sich ein Bündel von Normen, das zwar relativ abstrakt wirkt, aber doch durch historische Erfahrung aufgeladen ist. Dazu gehört etwa das auch in der Friedensdenkschrift von 2007 aufgenommene Konzept des „Gerechten Krieges“, das viel mehr ist als eine bloße Theorie, sondern vielmehr selbst eine Praxis im eigentlichen und genuinen Sinne (Friedensdenkschrift Ziffern 102 und 103). Im englischen Sprachraum spricht man von einem „just war reasoning“ und meint damit eine ethische Praxis moralisch angeleiteter politischer Urteilsbildung, die selbst Teil des politischen Handelns ist – traditionsgebunden und erfahrungsgesättigt in gleicher Weise. Eingebunden ist diese Kriteriologie rechtserhaltender Gewalt in ein Konzept des liberalen Rechtsfriedens, das von kantianischen Traditionen inspiriert und auch völkerrechtlich ausgesprochen einflussreich ist, wenn man die Gründung des Völkerbundes und noch der Vereinten Nationen bedenkt. Über den Umweg der Gedanken des US-Philosophenpräsidenten Wilson wurde Kants Traktat „Zum ewigen Frieden“ als philosophischer Entwurf politisch ganz ausgesprochen fruchtbar.

Drittens: Was in der Friedensdenkschrift weitgehend fehlt und normativ unterbestimmt bleibt, ist der große Bereich der „Kontexte“, in denen sich Normen und Werte gleichsam materialisieren. In der Tradition insbesondere der politischen Ethik hatte die Kasuistik die Aufgabe, historische Kontingenzen und individuelle Erfahrungen zu beschreiben und normativ zu reflektieren. In den ethischen Traditionen wurde diese Wirklichkeitsform des Politischen außerordentlich ernst genommen und durch schwach normative Klugheitsregeln eingeeignet.

Zu denken ist etwa an die Aphoristik eines Georg Christoph von Lichtenberg, die ehrwürdige Tradition der französischen Moralistik oder an die barocken Tugendspiegel und Lebenslehren, wie sie etwa mit dem Namen Baltasar Gracians verbunden sind. Die universalistische Moral der Aufklärung konnte sich mit diesen kontextgebundenen partikularen Ethiken kaum zufriedengeben, und damit geriet sie auch in der evangelischen Ethik weitgehend außer Sicht – auch weil die evangelische Ethik der römisch-katholisch geprägten Kasuistik gegenüber immer höchst skeptisch blieb.

Texte und Kontexte

Mit Blick auf diese Bedeutung des Kontextes, oder ethisch gesprochen der *circumstantiae*, lassen sich in der Geschichte der evangelischen Ethik des Politischen zwei einander symmetrisch entsprechende Fehlformen erkennen: Zum einen eine Ethik, in der sich der „Kontext“ absolut setzt und in der man seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer Eigengesetzlichkeit des Politischen zu sprechen begann – in einer entstellten Aufnahme der lutherischen Tradition der Zwei-Regimenten-Lehre. Spiegelbildlich dieser Form entsprechend entstand eine ihres Kontext entkleidete Ethik des Politischen, in der sich der „Text“ absolut setzte. Damit wurde eine vielfach rigoristische, modernitätskritische, entdifferenzierende Ethik ausgebildet, wie sie Ende des 19. Jahrhunderts etwa in der Bedeutung des Werkes von Leo Tolstoi im deutschen Sprachraum einflussreich wurde und in der frühen Friedensbewegung erstmals seit der Zeit der täuferischen Bewegungen wieder breite Aufmerksamkeit gewann. Grundsätzliche Zivilisationskritik und Kritik des Krieges als Inbegriff dieser Zivilisation kamen überein.

Die historische Erfahrung zweier Weltkriege hat dieser rigoristischen „Gesinnungsethik“ des Pazifismus gegenüber dem Mainstream des deutschen Protestantismus eine erhebliche geschichtliche Plausibilität zugeführt, war sie doch in der Lage, die grauenvolle Gewalt Eskalation des 20. Jahrhunderts auf den Punkt zu bringen.

Genauer betrachtet ist diese pazifistische Ethik gerade in ihrer Modernitätskritik allerdings eine Ethik der Entdifferenzierung. Dies ist paradox, weil sie erst möglich wird, wo religiöse Praxis und Organisationsbildung sich weitgehend verselbständigt haben und nicht mehr als Legitimationsbasis des Politischen fungieren müssen. Eine deontologische pazifistische Ethik ist ein Produkt der Ausdifferenzierung der Moderne, und nimmt gleichzeitig diese Differenzierung zurück.

Friedensethik im deutschen Protestantismus heute

Cum grano salis kann man für die gegenwärtige Konjunktur pazifistischer Ethikmuster im kirchlichen Protestantismus diese gleiche Figur von Differenzierung und Entdifferenzierung entdecken. Eine weitgehende funktionale Ausdifferenzierung und organisationale Selbständigkeit des religiösen Subsystems ist Voraussetzung für diesen Pazifismus, der nur möglich und plausibel wird, wenn sich die Träger dieser Ethik weitgehend aus öffentlicher Verantwortung, aus „Ämtern“ im eigentlichen Sinne des Wortes, zurückgezogen haben. Die Attraktivität einer pazifistischen Friedensethik für evangelische Synoden wächst in dem Maße, wie in diesen Synoden keine Amtsträger und Amtsträgerinnen mehr vertreten sind, die öffentliche Verantwortung tragen in Politik, Militär, Polizei oder Verwaltung.

Gleichzeitig aber liegt hier auch ein Phänomen der Entdifferenzierung vor. Rigoristische Ethik behält sich vor, unmittelbar in politische Gestaltung einzugreifen und dort direkte Handlungsanweisungen zu geben. Damit unterläuft sie den komplexen Prozess des normativen Transfers in die hochgradig spezialisierten Verantwortungsbereiche einer modernen Gesellschaft.

Um dies zu verstehen, kann eine Theoriefigur aus der Sozialtheorie Niklas Luhmanns hilfreich sein. Luhmann spricht im Falle von funktional differenzierten modernen Gesellschaften von einer „losen Kopplung“ der unterschiedlichen Funktionssysteme wie Politik, Wirtschaft, Recht oder Religion. Jeder dieser Bereiche folgt seiner eigenen Funktionslogik und bearbeitet seinen jeweils eigenen Gegenstandsbereich, was sich durch „Arbeitsteilung“ und Spezialisierung leistungssteigernd auswirkt. Funktionslogik und Gegenstandsbereiche der jeweils anderen Teilbereiche kommen im Inneren der jeweils anderen Systeme nur in der Logik dieser anderen Systeme vor: Die Politik kodiert ökonomische Probleme politisch, Religion die gleichen Probleme etwa als Gebetsanliegen. Dieses Denkmodell ist auch aufschlussreich, wenn wir über die Funktionsweise ethischer Reflexion nachdenken. „Moral“

hat in Luhmanns Sozialtheorie kein ihr eigenes System. Moralische Reflexion begegnet im Inneren der unterschiedlichen Funktionsbereiche in jeweils eigener Form, mit einem allgemeinen Code, aber doch „anschlussfähig“ an Sprache und Problemlagen der Teilbereiche. Die „Bereichsethiken“ etwa der Kunst, des Rechts oder des Politischen sind grenzüberschreitend als Ethiken zu erkennen, beziehen sich aber auf höchst unterschiedliche Fragen. Dies wird gerade auch Friedensethik als ein eminenter Fall einer Ethik des Politischen im Blick zu behalten haben.

Evangelische Friedensethik steht gegenwärtig neu vor der Aufgabe, sich auf eine Weise zu artikulieren, die deutlich macht, dass sie einerseits aus religiöser Praxis heraus spricht und von dieser Praxis auch geformt ist und bleibt. Gleichzeitig wird sie sich bewusst sein, wo sie Systemgrenzen überschreitet und in anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen moralische Reflexion und Handeln ermöglichen will.

Für evangelische Friedensethik würde das bedeuten, einerseits die Fundierung in religiösen Praktiken und damit ihre eigene soziale Einbettung in kirchlicher Praxis sehr stark zu machen und ausdrücklich zu formulieren. Andererseits aber sollte sie sich dieses „border crossing“, wenn sie sich im gesellschaftlichen und politischen Kontext bewegt, sehr bewusst vor Augen führen und eine Sprache wählen, die anschlussfähig und sinnvoll ist in der Arbeitslogik ihrer jeweiligen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, in dem Maße wie diese in ihrer Funktion oder ihrem Amt adressiert werden.

Wirklichkeitsgesättigt Möglichkeiten entdecken

Gerade angesichts der gegenwärtigen geopolitischen und technologischen Verschiebungen, die die politische Friedensaufgabe vollkommen neu formatieren, sollte evangelische Friedensethik die Funktionsbedingungen der anderen Subsysteme, des Politischen oder auch des Militärischen, sehr sorgfältig analysieren, begrifflich rekonstruieren und zu verstehen versuchen.

Der Bedarf nach normativer Reflexion ist bei vielen Gesprächspartnern aus dem politischen und vor allem aus dem militärischen Feld ausgesprochen groß. Man darf auch mit Verständnis für die Rückbindung in geistlichen Praktiken und vielfach auch mit Bedarf nach Spiritualität für die persönliche Orientierung rechnen. Grundsätzlich aber stellt sich die große Aufgabe für evangelische Friedensethik - einerlei ob sie als akademische Ethik formuliert wird oder als kirchliche Ethik in synodalen Beratungs- und Entscheidungsprozessen - wirklichkeitsgesättigt argumentieren zu müssen, wenn sie außerhalb der Binnenräume

gehört werden will. Diese Wirklichkeitssättigung muss sich den Ambivalenzen des Politischen ausdrücklicher stellen als dies im „Formalismus“ der kantianisch geprägten Denkmuster des „liberalen Friedens“ vielfach geschehen ist.

Die Balance von biblischer Imagination, von abstrakten und allgemeinen Normen und von wirklichkeitsgesättigten Beschreibungen realer Politik wird neu kalibriert werden müssen, wenn sich evangelische Friedensethik nicht im normativen Wolkenkuckuckshaus verlieren will. Gerade vom Realismus ihrer Beschreibungen her wird evangelische Friedensethik mit den ihr eigenen Ressourcen Möglichkeiten erkunden können, die anderen Akteuren verschlossen bleiben. Dies gerade ist der Mehrwert ihrer Verankerung in geistlichen Praktiken.

Zur Wirklichkeitsorientierung evangelischer Ethik werden aber auch Argumentationsfiguren gehören müssen, die die solidarische Bindung an den eigenen politischen und gesellschaftlichen Kontext namhaft machen, die sich dem eigenen Gemeinwesen verpflichtet wissen und seine Verteidigung in einer mehr als verschämten Form für eine Pflicht auch des Christenmenschen halten.

Der Journalist Thomas Kleine-Brockhoff hat in einer glücklichen Wendung von einem „robusten Liberalismus“ gesprochen. In demokratietheoretischer Hinsicht würde man von „republikanischen“ Figuren sprechen, um welche die evangelische Friedensethik anzureichern ist. Damit ist nicht gemeint, sich künftig einem Bellizismus zu verschreiben oder einem Partikularismus, der mit der Universalität des Evangeliums schwer vereinbar wäre. Wohl aber geht es um einen Universalismus, der sich der eigenen lokalen und sozialen Verankerung bewusst wird. Es geht auch in der Friedensethik um so etwas wie einen „embedded liberalism“. Nur ein solcher wäre wohl in der Lage in der neuen Epoche zu bestehen, die nach dem Ende der alten eben auch am 24. Februar 2022 begonnen hat.

Dr. Roger Mielke

Dr. Roger Mielke, geboren 1964, ist Militärdekan am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz und Lehrbeauftragter an der Universität Koblenz und der Universität der Bundeswehr München. Der Theologe und Sozialwissenschaftler war von 1994-2012 Gemeindepfarrer am Mittelrhein, und von 2012-2018 Oberkirchenrat im Kirchenamt der EKD und Geschäftsführer der Kammer für Öffentliche Verantwortung.

aus

Z(W)EITZEICHEN POLITIK KIRCHE 28.02.2022

Wort zum Krieg in der Ukraine

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und liebe Freunde des EAK!

Als neuer Landesvorsitzender unseres EAK stelle ich mich mit meinen Positionen in der veröffentlichten Rede Ihnen und Euch vor. Meine biographischen Daten sind ebenfalls gedruckt. Dennoch möchte ich gerne ein paar zusätzliche Bemerkungen zur aktuellen Situation machen.

Trotz des wunderbaren Frühlingsbeginns erleben wir bedrückende Zeiten. Es herrscht offener, blutiger, bitterer Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Wir haben noch selbst im Februar trotz der immer eindringlicher werdenden Nachrichten fast alle nicht glauben wollen, dass nur eine stramme Tagesfahrt entfernt ein Angriffskrieg stattfinden wird. Seit dem 24. Februar schauen wir mit düsterer und banger Erwartung auf die Nachrichten, sind immer noch fassungslos, dass unsere Partnerstädte bombardiert, belagert und zerstört werden. Millionen Menschen sind von jetzt auf gleich auf der Flucht, lassen Hab und Gut zurück, um ihr Leben zu retten, zumeist das Leben von Frauen, Kindern und Alten, denn die wehrfähigen Männer bleiben zurück, um zu kämpfen. Unser bisheriges politisches Weltbild steht Kopf. War uns zwar klar, dass der russische Präsident ein Autokrat und Antidemokrat ist, so erschien er vielen von uns bis zuletzt noch als ein verlässlicher, lieferbereiter Wirtschaftspartner, was sich immer wieder doch bewiesen hatte. Nun wissen wir, dass die Ausbeutung der Ressourcen des großen Russlands zur Finanzierung einer ungerechtfertigten, unprovokierten und zutiefst ungerechten und menschenrechtswidrigen Invasion dient, zum Überfall des größten Landes in Europa auf das zweitgrößte. Innerhalb von kürzester Zeit wandelt sich Russland von einer Autokratie mit oligarchischen Strukturen zur Diktatur. Hätten wir es vorher, früher wissen können? Hätten wir auf andere Menschen hören sollen? Wir werden noch vieles, auch in unserem Deutschland, vieles neu zu bewerten haben, selbst dann, wenn es – hoffentlich sehr bald – zu einem Waffenstillstand kommen wird.

Ich habe vorhin gerade im Radio gehört, dass inzwischen nach Schätzungen zehn Millionen Menschen geflüchtet sind, innerhalb der Ukraine und außerhalb. Das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Auf deutsche Verhältnisse umgerechnet, wären das zwanzig Millionen ... die Zahlen sind noch unvorstellbar.

Es hat sich politisch Dramatisches in den vergangenen Wochen getan, in der Berliner Regierung wie auch in der Opposition. Es wird täglich umfassend analysiert, es kommt zu völlig neuen Betrachtungen, zu völlig neuen Zielsetzungen. Oder sind es die Ziel-

setzungen, die eigentlich schon immer galten, die aber als scheinbar überholt und nicht zeitgemäß galten. Mit großer Tragik holt uns in Europa nun die Realität der Machtpolitik ein.

Als eine Organisation der CDU und der CSU setzen wir uns auch als EAK in den Bereichen, in denen wir handeln können, in Diskussionen und Gesprächen innerhalb und außerhalb der Kirche für die Grundpfeiler ein, die unsere Freiheit und unsere Sicherheit in Europa garantieren können. Wir stehen zu einer starken und wehrhaften NATO als Wertegemeinschaft wie als Militärbündnis, und wir unterstützen alles, was eine starke, handlungsfähige und resiliente Europäische Union fördert. Daran kann und darf es gerade mit dem Blick in die Ukraine keinerlei Zweifel geben.

Die nächsten Monate und Jahre werden herausfordernd sein, in ganz anderem Maße, wie es die beiden pandemischen Jahre bisher waren – und auch die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir werden entscheidende Umgestaltungen und Nejustierungen erleben nicht nur in der Verteidigungspolitik, sondern auch in der Energiepolitik, der Ernährungspolitik (!), der Klimapolitik, der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik, um nur einige Felder zu nennen. Und diese werden auf die Gestaltung unserer Gesellschaft große Auswirkungen haben.

Als evangelische Christenmenschen wollen wir bewusst Politik mitgestalten, und wir tun es als EAK in und mit den Unionsparteien. Nichts von dem, was ich geschildert habe, widerspricht im mindesten dem, was wir als Lehre Jesu Christi zur Richtschnur unseres Lebens gewählt haben. Frieden, Gerechtigkeit, Schöpfungsbewahrung bleiben unsere Ziele auch in unserer Gesellschaft der persönlichen wie der gemeinschaftlichen Freiheit und der gelebten Solidarität. Wir wissen, dass wir auch Fehler machen können und werden. Schuld ist uns nicht fremd, und wir wissen, dass es keine menschlichen Handlungen ohne Fehler, Schuld und Sühne gibt. Daher sehen wir uns auch an unsern Gott gewiesen, der uns darin trägt und birgt. Als Christen sind wir indes zusätzlich zu anderen dazu aufgerufen, deutlich unsere Stimme zu erheben, wenn der christliche Glaube als Folie und Rechtfertigung für einen Angriffskrieg dienen soll, wie es S.H. Patriarch Kyrill von Moskau und der ganzen Rus es tut. Hierzu dürfen wir unsere evangelische Freiheit gerne, laut und deutlich ausleben und heftig, auch auf der Grundlage von Bibel und Glaube, widersprechen!

Und dann sind da noch die Aufgaben, denen so viele Menschen und damit auch so viele von uns sich seit einigen Wochen widmen:

- Aufnahme von Flüchtlingen
- Integrationshilfe in allen Lebensbereichen, z.B. beim Zugang zu den staatlichen Behörden, bei sprachlicher

- Unterstützung und bei der schulischen Eingliederung.
 - Spendensammlungen für Hilfe vor Ort, Konzerte, etc.
 - Hilfstransporte
 - Gespräche, Gemeinschaft, Kundgebungen
 - Etc., etc. etc. – und:
 - Gottesdienste, und vor allem auch: Friedensgebete.
- Denn wenn eines hilft, dann ist es beten.

Das alles ist guter Gottesdienst, wie der Apostel Paulus schreibt.

Und eines noch: jede Art von böartigem Umgang mit russischen und russisch-stämmigen Menschen bei uns treten wir entgegen. Längst nicht alle Russen unterstützen den Präsidenten, sein Machtregime und seinen Angriffskrieg. Respekt und Dialog gehören zu dem, was wir als Christen leben und weitergeben.

Diese Zeilen sind bestimmt nicht vollständig, aber die Aufgaben und Herausforderungen, die sie beinhalten, werden uns noch lange begleiten. Wappnen wir uns mit dem Rüstzeug, das uns Glaube, Hoffnung und Liebe mitgeben!

Mit besorgten, aber dennoch in der Gnade und Liebe unseres Herrn und Heilandes zuversichtlichen Gedanken

Stephen Gerhard Stehli MdL

Landesvorsitzender EAK Sachsen-Anhalt

Die Säkularisierung und Entchristlichung der Gesellschaft und ihre Implikationen für die praktische Politik

Die systematische Diskreditierung der Kirche in der totalitären Vergangenheit

Es war ein mehr als zweifelhafter Erfolg des totalitären und religionsfeindlichen SED-Unrechts-Regimes, dass die fünf ostdeutschen Bundesländer heute eine der säkularsten und religionsfernsten Regionen weltweit sind.

Die tradierte Bindung der Menschen an Kirche, Gott und deren assoziierte Werte und Gebote wurde bewusst aufgebrochen und unterminiert, um weite Teile der Bevölkerung an den so genannten „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu binden, gar einzuschwören ohne Recht auf Widerspruch. Sprach noch Feuerbach in seiner Projektionstheorie eine Religionskritik der dogmatischen Kirche und Glaubensdoktrin mahnend an, substituierten die kommunistischen Zwangsregime nach 1945 vorherige Diktaturen durch die Glorifizierung der jeweiligen kommunistischen Führungsnomenklatura der Einheitsparteien. Die DDR reihte sich damit ein

in die kommunistischen Staaten des Warschauer Paktes.

Diese Prägung setzt sich auch Jahrzehnte später fort, wenn alte Traditionslinien abgebrochen wurden und nicht wieder angeknüpft werden konnte und wollte an christlich basierte Alltags-Ethik und Politikgestaltung. Die Entfernung und Distanzierung von glaubensbasierter Handlungsnormierung ist zur unwidersprochenen Alltagsrealität geworden – eine christliche Werteorientierung findet sich jedoch immer wieder auch in tagesaktuellen Diskussionen des normalen Politikbetriebes, wenn gleich man sich nicht mehr explizit darauf beruft.

Christliches Denken und Handeln in Demokratie und Politik

Das Kreuz als Beleg für christlichen Glauben und das kirchliche Bekenntnis ist im Alltag unserer Gesellschaft und auch unserer Parlamente und dem Politikbetrieb selten geworden. Besonders nach oben beschriebener Geschichte bei uns im Osten Deutschlands. Jedoch hat unsere demokratische Gesellschaft christliche Traditionslinien, an die wir aufrecht erinnern und wann immer nötig eine Rückbindung haben dürfen. Alles andere ähnelte einer kulturellen Selbstverleugnung, die nicht erforderlich ist, sondern im Gegenteil von einigen als Schwäche der westlichen Gesellschaften verstanden wird.

Eine tolerante Gesellschaft muss und darf sich nicht selbst beschneiden, um ihre Toleranz gegenüber anderen Kulturen unter Beweis zu stellen. Auch in Ansehung aktueller Bedrohungen unserer freien Gesellschaft wie Selbstmordattentate und Anschläge auf islamkritische Journalisten und Redaktionen leben unsere Demokratie und Politik von einem Diskurs, der sich offen auch für harte Konflikte zeigt, wenn und soweit dieser auf der stabilen Basis gemeinsamer Werte ausgetragen wird.

Das sichtbarste Zeichen dafür, dass das Christentum unseren Alltag in gewisser Weise verlassen hat, ist – wie schon erwähnt – das fehlende Kreuz im öffentlichen Raum. Die Prägekraft der Kirchen hat über viele Jahrhunderte eine kulturelle Identität mit geschaffen, wie es kaum eine andere Institution vermocht hat. Christliche Theologie war oftmals der Ursprung für die geistige Evolution der Aufklärung. Und nicht zuletzt war und ist das karitative, soziale Wirken der Kirchen und ihrer nachgelagerten Institutionen anerkannt und relevant für das gesellschaftliche Gemeinschaftsgefühl. Und trotzdem vermeiden wir in zunehmendem Maße das öffentliche Anerkenntnis der christlichen Ursprünge und Wurzeln unserer Demokratie.

Unser mitteldeutsches Christentum leidet auch unter dem Ansehensverlust von Religion allgemein in unserer westlichen Gesellschaft des so genannten Abendlandes. Die entsetzlichen und verbrecherischen Gewaltexzesse islamistischer Fundamentalisten, die sich in ihrer Verblendung immer auf ihre vermeintliche Religion berufen zur Rechtfertigung ihrer Gewalt gegen die Mitmenschen, haben den Begriff des Glaubens an sich stark diskreditiert. Unsere Kirche hat sich hiervor so stark wie möglich schützen wollen (und auch müssen) und ist – mitunter auch in der Coronapandemie 2020/21 – deutlich ins Private und oft auch Defensive übergegangen. Eine Rolle dürfte hier aber auch der Umgang der offiziellen Amtskirche mit Vorkommen von sexuellem Mißbrauch und Kindesmißhandlung spielen.

Von einer „Entchristlichung der Gesellschaft“ spricht das Institut für Demoskopie in Allensbach: Das Christentum sei in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr aus dem Leben der Deutschen verschwunden, und dies sei keineswegs der Einwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen geschuldet.

Die organisierten Christen selbst haben sich vom „offiziellen“ Glauben abgewandt und die Kirchen oft durch Austritt verlassen. Allerdings sollte man sich davor hüten, „Christ sein“ und „Kirchenmitgliedschaft“ synonym zu setzen, selbst wenn das auch Kirchenmitglieder immer wieder gern tun. Wenn wir aber einmal annehmen wollen, dass einer Entkirchlichung der Gesellschaft auch das Bindungslose, das Genussstüchtige, das Kurzlebige und das spirituell Unsolide folgen und diese entstandene Leerstelle füllen wollen, dann kann das kaum für das Zusammenleben in der demokratisch verfassten Gesellschaft förderlich sein.

Wir müssen als Kirchenmitglieder auch in der aktiven und gestaltenden Politik offensiv die Frage stellen und beantworten, wieviel Religion unsere Demokratie einerseits verträgt, andererseits aber auch braucht. Stehen wir selbstbewusst zu unserer Identität und der Geschichte, die uns ausmacht und erst unseren heutigen Wertekanon hervorgebracht hat, manifestiert durch unser weltweit als vorbildhaft betrachtetes Grundgesetz und die Verfassungen der Länder? Oder gibt es einen so genannten Zeitgeist, der uns auf konstitutiven Abstand zu Religionen und ihren Körperschaften – explizit den Kirchen – drängt? Auch für den Glauben gilt, was immer im Leben beobachtet werden kann: nur wer seine eigene Identität souverän annimmt und lebt, kann auch Fremdes und Ungewohntes akzeptieren und fair einbinden.

Offenkundig ist es in der demokratischen Politik, im ständigen Bemühen um Kompromisse, nicht immer einfach, zu religiösen Überzeugungen zu stehen. Doch

als gläubige Christen müssen wir den Kernsatz unserer Verfassung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ lebendig halten. Er hat seine Quelle im christlichen Glauben, in dem der Mensch Ebenbild Gottes ist und jeder Mensch dieselbe Würde hat.

Schlussüberlegung

Lebendige Demokratie verträgt aktiven Glauben und auch den berühmten Zweifel an ihm und in ihm. Denn es gibt nicht nur das Grundrecht auf Religionsfreiheit (Art.4 GG), sondern auch das der Meinungsfreiheit (Art. 5 GG). Wir bekämpfen Extremisten und Fundamentalisten in unserer Gesellschaft, indem wir offen und notfalls auch hart die Werte unseres Staates durch demokratisches Handeln manifestieren. Es sind praktisch kommunizierende Röhren: eine demokratische Gesellschaft verträgt soviel Religion, wie auch die jeweilige Religion ein Höchstmaß an Demokratie verträgt. Darum dürfen engagierte Christen nicht stumm und tatenlos dabei zusehen, wie Religion und Glaube in privaten Nischen verschwinden und kaum noch sichtbar sind in der Wahrnehmung weiter Kreise in unserer Gesellschaft. Lasst uns couragiert genug sein, unser Christentum zu bekennen und auch im Dialog mit Andersdenkenden zu erklären und argumentativ immer wieder zu untersetzen.

Anne-Marie Keding MdL,
unter Mitarbeit von Stefan Effenberger

Christliche Verantwortung für unsere Gesellschaft heute wahrnehmen

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des EAK Sachsen-Anhalt, liebe Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich einmal die drei Buchstaben EAK bei verschiedenen Suchmaschinen eingegeben. Welche Vorschläge wurden gemacht? Nun weiß ich, dass diese Unterstützungsmechanismen ihre Angebote inzwischen sehr individuell gestalten und somit subjektiv auf mich bezogen werden. Dennoch fiel zu meinem leichten Erstaunen auf, dass sich unsere Vereinigung bereits an vordersten Stellen zwischen der Elektro-Anlagen Klötze GmbH, dem KZF-Kennzeichen East Africa Kenya und dem Europäischen Abfall-Katalog wiederfand. Gottlob, beim bekanntesten dieser Instrumente, dessen Namen bereits zum dudentauglichen deutschen Verb geworden ist, gelang dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU dann doch der erste Treffer. Mir liegt nun fern, auf solchen gelenkten Zufälligkeiten ein ganzes Interpretationssystem aufbauen zu wollen, und vielleicht müssen wir als eine

kleine Vereinigung, zumindest hier in Sachsen-Anhalt, schlicht froh sein, den Großen aus dem Silikontal Kaliforniens überhaupt eine Erwähnung wert zu sein. Da ich aber ein Mensch bin, der gerne mit Symbolen und Metaphern arbeitet, habe ich, so hoffe ich, schon mit dieser Einleitung zum Nachsinnieren angeregt. Sind wir mit unserem EAK, sind wir, jetzt kommt der große inhaltliche Wurf, mit dem ganzen christlichen Glauben und Fundament inzwischen nur ein Teilnehmer unter vielen im Sinn- und Einflussdiskurs? Sind wir mit dem Christentum ein Player unter anderen, der Anglizismus passt hier gut, ein im Weltmaßstab ganz und gar nicht kleiner global Player zwar, aber eben ein Player, kein decider oder leader, also heute weder Entscheidungs- noch Führungsinstitution? Keine Sorge, in diesen Höhen möchte und werde ich mich nicht verlieren, ich kehre schnell wieder auf unsere eigene kleine Ebene nach Sachsen-Anhalt und zu unserer ureigenen Union zurück, nach Sachsen-Anhalt, das immerhin die Keim- und Ursprungszelle der Staatlichkeit Deutschlands ist. Diese beginnende Staatlichkeit vor über eintausend Jahren und, das sage ich hier keck und fröhlich, die andauernde Staatlichkeit Deutschlands heute sind indes weder ohne die seinerzeit tief verankerte christliche Glaubensüberzeugung der einzelnen Menschen wie der institutionalisierten Glaubensstruktur der Kirche – die Einzahl benutze ich bewusst – denkbar und zu begründen. Das gilt bisher und momentan noch auch trotz der objektiv zu konstatierende, prozentual schwindende Glaubensbindung in Volk und Gesellschaft. Ob das künftig auch noch so sein wird, ist eine Frage, die uns hier in besonderem Maße angeht und mit der wir uns in Zukunft auseinandersetzen müssen und werden.

– „Christliche Verantwortung für unsere Gesellschaft heute wahrnehmen“ – diese Überschrift, die mir von unserem Vorsitzenden gestellt wurde, ist weder mit dem Fragewort „Wie“ am Anfang noch mit einem Fragezeichen am Schluss versehen, und ich habe das als selbstverständlich dann auch nicht hinterfragt. Damit ist aber m.E. bereits eine grundlegende Aussage über das Christentum in Existenz und Essenz verbunden: Christentum kann nicht, davon bin ich überzeugt, ohne Verantwortung für die Gesellschaft gelebt werden, wobei ich gerne das heutzutage gängige Wort Gesellschaft auffächern und darin auch traditioneller Begriffe mit unterbringen möchte: Familie, persönliche Umgebung, Wirkungskreis in Schule und Beruf, Stadt, Gemeinde, Land, Kirche, Vereins- und Vereinigungsleben, medialer Interaktionskreis, Volk, Nation.

Christsein hat das Potential, im Rahmen der Verantwortungsübernahme in alle diese Bereiche auszustrahlen. Einen unmittelbaren Einwand dagegen greife ich

hier gleich auf. Meine Verantwortungsthese heißt nicht, dass es nicht auch kontemplatives Christentum im Sinne einer innigen und persönlichen Gottesbeziehung geben kann, im Gegenteil. Aber auch aus einer solchen Gottesbeziehung heraus verlangt das Christsein, dass etwas auf die Mitmenschen ausstrahlt. Biblisch gesprochen: Jesus geht allein in die Wüste, um zu reflektieren und sich auch auseinanderzusetzen, er kehrt dann aber bewusst, gewollt und gestärkt zu den Menschen, um derentwillen er wirkt, zurück. Darin liegt im weitesten Sinn auch die Grundlage für unser diakonisches und caritatives Handeln. Oder anders: wenn die orthodoxen Mönche zurückgezogen auf dem Heiligen Berg Athos leben, so ist ihre betende Existenz allein schon sinnstiftend für viele, die von dieser Herangehensweise für ihre Leben in der Welt profitieren.

Des Weiteren: Quelle für unsere Handlungsmaximen sind die Heilige Schrift Alten – manche sagen auch Ersten – und Neuen Testaments, aus denen wir Gottes Wort vernehmen, auch in der modernen Welt. Der Umgang damit ist ebenso zeitbezogen wie zeitlos, aber in keinem Fall ziellos, sondern zielorientiert.

Was meine ich damit: Das Christentum baut auf der monotheistischen Gotteserkenntnis des Judentums auf, es ist davon nicht zu trennen. Wenn wir es trennen wollten, zerstören wir das Christentum in seinem Wesen. Das Christentum ist aber kein „weiterentwickeltes“ Judentum, ein Begriff, der bereits in sich Überheblichkeit insinuiert, sondern ein eigener Weg zu Gott, zur Gotteserkenntnis, zur Vorstellung gottgefälligen Handelns, was aber unbedingten Respekt für den älteren, jüdischen Weg erfordert.

Wenn wir nun eine klassische Aufforderung der prophetischen Schrift nehmen wie Jeremia 29, 7: „Suchet der Stadt Bestes“, die gut und gerne als Motto für den EAK dienen könnte, dann legen wir sie nicht nur kontextual oder teleologisch – nicht vergessen, ich bin Jurist – aus, sondern betrachten sie durch die Grundlage der Zehn Gebote hindurch ebenso wie durch die Lehre Jesu in der Bergpredigt, durch Verankerung im Volk über die Jahrtausende, als Evangelische durch die Neuentdeckungen der Reformation, insgesamt durch die Aufklärung bis hin zu Wissenschaftlichkeit des digitalen Zeitalters. Dieses alles bestimmt unsere Sichtweise.

Über allem steht aber die Vorstellung vom liebenden, den Menschen zugewandten Gott, zu dem das bewusste Lieben des Menschen zurückkehrt. Ich reiße die bekannten Verse nur an „Also hat Gott die Welt geliebt ... , Gott ist die Liebe ... Du sollst Gott den Herrn lieben ... und deinen Nächsten wie dich selbst.“ Glücklicherweise funktioniert dieses ganze, scheinbar komplexe Reflexionskonstrukt nicht nur in einem theo-

logischen oder gar juristischen Seminar, sondern bei persönlicher Verinnerlichung christlicher Überzeugung recht automatisch.

Und da nicht nur „jeder Jeck anders ist“, wie die Kölner sagen, sondern „es so viele Wege zu Gott gibt, wie es Menschen gibt“, wie Kardinal Ratzinger, der spätere Papst Benedikt, einmal ziemlich protestantisch festhielt, können hieraus auch sehr unterschiedliche Antworten auf die Fragen des Lebens und dessen Sinn entstehen. Antworten, die aber die objektivierbare Ebene des Doppelgebots der Liebe nicht beinhalten, können indes nicht christlich sein.

Einem christlich verantworteten Handeln, einem Handeln aus christlicher Verantwortung heraus sind aber auch noch weitere Prämissen inhärent: die Gottesebenbildlichkeit des Menschen einerseits und die Endlichkeit, Fehlerhaftigkeit des Menschen andererseits, beides schon im Ersten Buch Mose, der Genesis, angelegt. Dazu kommen die Gotteserkenntnisfähigkeit des Menschen und damit korrespondierend die Menschenzugewandtheit Gottes, die in seiner Menschwerdung mündet. Diese Grundlagen hat das Christentum beizutragen, und sie münden schließlich im weltlichen Kontext direkt in so großartige Rechtsfundamente für uns heute wie die amerikanische Unabhängigkeitserklärung „Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen worden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freiheit und das Bestreben nach Glückseligkeit.“, so die deutsche Übersetzung bereits vom 5. Juli 1776, und dem ersten Artikel des Bonner Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Es ist meine feste Überzeugung, dass solche so entscheidende Gesellschaftsgrundlagen wie u.a. diese Rechtssätze ohne die andauernde gestaltende Kraft der christlichen Botschaft in der Gesellschaft und die wahrgenommene christliche Verantwortung für die Gesellschaft so niemals entstanden wären.

Christsein wie Christentum sind von Anfang an und nicht erst seit Dr. Luthers Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ mit Freiheit verbunden. Zu dieser unbedingten Konsequenz zu kommen, hat auch seine Zeit genommen, aber sie ist heute m.E. eine festgefügte Grundlage des aktuellen Verständnisses von gelebtem Glauben. – Nach dieser dicken Unterstreichung ist hier indes die richtige Stelle, um einige hier vielleicht entstehenden Hinterfragungen direkt anzugehen. Erstens: Die Wahrnehmung christlicher Verantwortung z.B. und vor allem in Staat und Gesellschaft heißt nicht christliche Mission. Verantwor-

tungsübernahme hat eine andere Zielsetzung. Wenn aus Verantwortungsübernahme bei anderen Menschen Nachfragen zu deren Grundlagen und persönlichen Motivationen entstehen, so kann das eine Folge, vielleicht sogar eine erwünschte, sein, niemals jedoch eine Prämisse.

Das mag nicht immer durch die Jahrhunderte so gelebt worden sein, gewiss, und wir werden alle sehr schnell umfassend negative Beispiele finden, es ist aber heutzutage in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts unabdingbar. Mission hat ihren eigenen Ort, ihre eigene Zeit.

Zweitens: mit der Gründung der CDU und der CSU ist mehr geschehen als die Schaffung einer die Konfessionsgrenzen überwindenden Partei in einer Weiterentwicklung des katholischen Zentrums. Es ist in und mit der Union eine Identifikationsprojektion entstanden, in welcher zunächst die vorhandenen christlich-soziale, liberale und konservative Strömungen zusammengefasst sind, die aber mehr noch und darüber hinaus einen eigenen politischen Markenkern entwickelt hat: das christliche Menschenbild, welches neben klassischen evangelischen und römisch-katholischen Christenmenschen auch Menschen, die noch unterschiedlich christlich glauben, die anders glauben, die gar nicht glauben ansprechen und motivieren, ihnen politischen und gesellschaftlichen Impetus geben kann.

Die CDU ist damit keine Religionspartei, sondern eine Wertepartei, die in ihrem Herkommen die unbedingte Menschenwürde ebenso wie die menschliche Begrenztheit verinnerlicht hat. Das ist weit mehr als der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, welchem manchmal gerade der Appell ans sozial und solidarische fehlte. Es ist aber ebenfalls mehr als der funktional und rational begründete Humanismus, der nach meiner Auffassung nur ein Abglanz seines eigentlichen Herkommens aus der christlichen Orientiertheit darstellt und leider somit immer wieder zur Gefahr diesseitiger Selbsterlösungsphantasien neigt.

Wohin diese fehlende Rückkopplung führen kann, zeigen deutlich die deutschen Katastrophen des 20. Jahrhundert. Die bisherige politische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist indes m.E. zu einem wesentlichen Teil ein Ergebnis der Umsetzung des christlichen Menschbildes in gesellschaftlicher Verantwortung. Daher kann auch bis heute die Union auch in Teilen Deutschlands, in denen nicht sehr viele Christen leben, fest verwurzelt und erfolgreich wirken. Das christliche Menschenbild ist im Endeffekt ein Erfolgsangebot für Christen wie Nichtchristen.

Wir als Christenmenschen indes versuchen, für uns persönlich auch das Herkommen und die Verankerung dieses Menschenbildes in unserem Handeln zu leben.

Der vielbeachtete Kommentar von Reinhard Binger in der FAZ vom 2. Februar – bezeichnenderweise zu Lichtmess erschienen – unter der Überschrift „Die CDU ohne ‚C‘“ beschreibt daher nach meiner Meinung eine schlicht absurde Diskussion, die trotz der Tatsache, dass auch immer mehr konfessionslose oder andersgläubige Menschen der Union angehören, kaum von innen in den Schwesterparteien entsteht, sondern eher aus ganz anderem, wohlfeilen Diskreditierungsinteresse von außen an uns herangetragen wird. Sie wird in absehbarer Zeit keine über Splitterideen hinausgehende Anhängerschaft finden.

Das „Christlich“ in „Christlich-Demokratischer Union“ kann daher weder inhaltlich noch auch nur semantisch zur Disposition gestellt werden. Eine CDU ohne „C“ ist eine *contradictio in adiecto*. Genauso gut könnte ich, das banale Beispiel habe ich aus dem Netz, „Quadrate sind rund“ sagen. Auch hier füge ich nochmals zur Bekräftigung an: Beispiele, bei denen diesem Konzept gegenüber nicht angemessen gehandelt wurde, entwerten das Konzept als solches und per se nicht, vor allem, weil es umgekehrt eine Legion an Beispielen gibt, dass danach gehandelt wurde. Im Endeffekt müssen wir in der sozialen Interaktion als Menschen immer mit Menschen, mit Mitmenschen umgehen, und dabei gilt unverändert das oft kolportierte und keinesfalls banale Adenauerzitat: „Nehmen Sie die Menschen, wie sie sind, andere gibt’s nicht.“

Wenn das nun die Grundlagen für das Wahrnehmen und Umsetzen von christlicher Verantwortung in der Gesellschaft sind, so sind die Orte dafür kaum zu begrenzen. Darf ich mich von oben einmal selbst zitieren, oder besser schlicht wiederholen: Familie, persönliche Umgebung, Wirkungskreis in Schule und Beruf, Stadt, Gemeinde, Land, Kirche, Vereins- und Vereinigungsleben, medialer Interaktionskreis, Volk, Nation. Orientierung werden wir als Christenmenschen in der Union neben der Heiligen Schrift dabei immer auch in unserer evangelischen Kirche wie in den christlichen Kirchen allgemein suchen. Da aber die Kirche wie die Kirchen zwar himmlisch gestiftet sind, aber auf Erden als menschliche, als auch mit Fehler behaftete Institutionen geführt und gelebt werden, dürfen wir sie, gerade auch als Mitglieder, natürlich in ihrem Erscheinungsbild wie in ihrem Wirken auch hinterfragen. Dass dieses respektvoll und in Angemessenheit geschehen sollte, gerade wenn wir von innen heraus als Kirchenglieder und Kirchenfreunde argumentieren, sollte sich eigentlich von selbst verstehen, ich halte es aber in unserer Zeit der vielfachen kulturlosen und damit zivilisationslosen Enthemmung in den sozialen (oder gar asozialen) Medien für dringlich betonenswert. Selbstverständlich dürfen wir unsere Kirchen auch kritisie-

ren, und viele werden gerade die evangelische Kirche plakativ für zu links oder zu politisch halten. Das ist durchaus legitim.

Dabei sind aber gerade wegen der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme aus Christsein und christlichem Menschenbild die folgenden Punkte immer auch zu beachten: A) aus dem christlichen Ansatz ist bei aller persönlichen Überzeugung nicht immer nur ein politischer Schluss zu ziehen. Es sind auch ernsthaft andere immer wieder möglich, denk- und umsetzbar. B) Gerade deswegen sind die Kirchen auch heutzutage die letzte noch in einem nennenswerten Umfang und mit entsprechendem Tiefgang funktionierende Klammerinstitution unserer Gesellschaft mit gemeinsamen Plattformen. Kritik darf und soll daher weder zynisch noch destruktiv sein, damit wir nicht erst dann merken, was wir an der Kirche hatten, wenn sie nicht mehr oder nur noch randständig da ist. Ihre kulturbegründende und kulturstiftende Kraft durch die Jahrhunderte ist bis heute durch nichts zu ersetzen. Schließlich C) Bedenken wir, dass die aus der parlamentarischen Bestuhlung des 19. Jahrhunderts hervorgegangene Einteilung in links und rechts im 21. Jahrhundert nur noch bedingt tauglich ist. Wenn wir sie schon benutzen, dann dürfen wir aber dabei auch den sinnvollen Allgemeinplatz zur Selbstreflexion nicht vergessen: je weiter rechts man steht, desto mehr Linke sieht man – und umgekehrt.

Weiter im Text: In der Initiative des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung vom Februar 2014 zeigen uns schon die Überschriften der einzelnen Kapitel und ihre Auslegung, dass unterschiedliche Antworten auch aus der christlichen Verantwortung in der Gesellschaft von Christenmenschen und Anhängern des christlichen Menschenbildes gegeben werden können und werden: Betrachten wir nur die Themen: Wirtschaftliches Wachstum; soziale Marktwirtschaft; ordnungspolitische und ethische Maßstäbe; Staatsfinanzen; ökologische Nachhaltigkeit; demographischer Wandel; Inklusion und Partizipation; Beteiligung an Erwerbsarbeit; Förderung durch Bildung; europäische Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft; und schließlich noch die Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit. Für mich als handelnder Christ kommen aus dem christlichen Menschenbild heraus meine spezifischen christdemokratischen Antworten, die dann in Konkurrenz zu anderen treten.

Das gilt genauso, wenn ich beispielsweise die Vier Freiheiten aus Roosevelt berühmter Rede: Freiheit der Rede, Freiheit des Glaubens, Freiheit vor Not, Freiheit vor Furcht ausfüllen will oder die bekannten Handlungsfelder Frieden, Gerechtigkeit, Bewah-

rung der Schöpfung, die wir nicht zuletzt auch im Gebet häufig evozieren. Aber das legitime Antwortspektrum begrenzt sich selbst durch das aktive Wahrnehmen christlicher Verantwortung. Gesellschaftliches Handeln aus christlicher Verantwortung heraus muss beispielsweise stets dahin streben, ein rechtsstaatliches Miteinander ebenso zu stützen wie ein demokratisches.

Anders ausgedrückt: christliche Verantwortungswahrnehmung in der Diktatur ist möglich, manchmal sogar geboten, aber das Aufrechterhalten von Diktatur und Unterdrückung lässt sich nicht redlich aus dem christlichen Menschenbild begründen. Ob das bei anderen Religionen auch stets ebenso gilt, ist ein diskussionswürdiges Thema.

Umgekehrt führt das aktive Wahrnehmen von politischer Verantwortung manchmal sogar zu Schuld – und das zuweilen sogar ohne schuldlose Alternative. Schuld ist aber im Christentum nicht ohne Tilgungs- oder Vergebungshoffnung, auch und selbst wenn es menschlichem Verständnis sich manchmal entzieht. Diese von mir inhärent beschriebene Begrenztheit von Handlungsoptionen möchte ich nur kurz an zwei aktuellen Beispielen illustrieren.

Missbrauch von Macht gerade sexualisierter Natur kann keinerlei kirchliches Privileg beanspruchen. Vermutetes Fehlverhalten gehört schonungslos untersucht, nachgewiesene Verbrechen gehören strafrechtlich geahndet, Verantwortliche hierfür können nicht im Amt bleiben. Dabei ist dieses in seinem realen Kern kein Problem, bei welchem Evangelische auf die katholische Kirche mit Fingern zeigen sollten, im Gegenteil.

Zweites Beispiel: christlicher Antijudaismus und politischer Antisemitismus sind in allen ihren Erscheinungsformen keine auch nur irgendwie denkbaren Optionen des Handelns aus einem christlichen Menschenbild heraus. Wenn wir konstatieren, dass Christentum identitätsstiftend ist und sein soll, dann ist es schlicht untauglich für jede Art von Identitätsverachtung.

Wenn wir aber diese und ähnliche Grenzen beachten, dann ist breiter Raum für gesellschaftliche Auseinandersetzung gegeben. Dann geht es gleich ins oft schwer umkämpfte Detail: Staatsleistungen, staatlicher Religionsunterricht, Kirchensteuer, schulische Trägerschaften, Arbeitsrecht in der diakonischen Gemeinschaft. Da sind wir dann gleich mittendrin im komplexen und auch kämpferischen Diskurs. Die Auseinandersetzung darf dann ggf. auch scharf sein, prononciert und manchmal auch die richtige Stelle hart und deutlich treffend, niemals aber in der demokratisch fundierten Debatte verletzend. Und, auch wenn die Erkenntnis manchmal schwerfällt: auch die robusten politischen Gegner, die uns richtig in Harnisch bringen können, haben ebenso wie sogar die Feinde

der freiheitlichen demokratischen Werteordnung, für die wir eintreten, eine Menschenwürde, die wir aus christlicher Verantwortung heraus nicht vergessen oder übersehen sollen und dürfen.

Meine Damen und Herren: Christliche Verantwortung für unsere Gesellschaft heute wahrnehmen: so kann es auf den beschriebenen Grundlagen geschehen. Im Rahmen des christlichen Menschenbildes werden wir unterschiedliche Nuancen für uns herausarbeiten, und persönlich sage ich ganz frei und offen, dass diese in der nächsten Zeit innerhalb der christdemokratischen Union für mich auch etwas konservativer und traditionsbezogener sein dürfen, ohne den notwendigen Pragmatismus der Tagespolitik kleinreden zu wollen.

Nochmals Jeremia: „Suchet der Stadt Bestes.“ Wir sind doch als Christen geliebt und bereits gerettet. Da können wir auch als kleiner EAK tatsächlich auch Salz in der Suppe sein, nicht nur verbal. Vielleicht ist es schlicht notwendig, wieder etwas mehr darüber nachzudenken, wo wir in unserem Denken und Handeln herkommen, wo wir unser Anker haben (und dass wir überhaupt einen festen Anker haben!), was unsere Hoffnung im Leben und Sterben ist, um den Heidelberger Katechismus zu zitieren, um zu wissen, wie und wozu wir Verantwortung übernehmen für das christliche Abendland in freiheitlicher und sozialer Gerechtigkeit, für unser deutsches Vaterland und unsere europäische Heimat. Hierzu sollte dieser Vortrag ein kleiner Beitrag sein. Vielen Dank!

Stephen Gerhard Stehli

Vortrag bei der Mitgliederversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt am 5. Februar 2022

Vorstellung des neu gewählten EAK-Landesvorstandes



Teilnehmer auf dem Bild v.l.n.r. Stephen Gerhard Stehli, Jürgen Scharf, Heike Wießner, Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach, Gisela Schütze-Freyhsleben, Bernhard Ritter, Gudrun Schneppe, Dr. Wolf-Rainer Krause ©Foto: CDU

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung wurde der bisherige Landesvorsitzende Jürgen Scharf nach dreißigjähriger Leitungstätigkeit verabschiedet. CDU-Landesvorsitzender Sven Schulze und Generalsekretär Mario Karschunke würdigten das langjährige und erfolgreiche Engagement Scharfs. Nicht zuletzt aufgrund seiner Funktion als ehemaliger Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Sachsen-Anhalt, gelang es ihm den EAK in Sachsen-Anhalt seit seiner Gründung ausgeglichen und konstant zu führen. Der Einsatz von Jürgen Scharf, so der Landesvorsitzende, war in Partei wie im vielfältigen Ehrenamt stets vorbildlich und richtungsweisend.

Neben dem neuen Landesvorsitzenden Stephen Gerhard Stehli MdL wählte die Mitgliederversammlung Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Emeritus der Martin-Luther-Universität, und Andreas Schumann MdL (Magdeburg) als stellvertretende Landesvorsitzende wieder. Als Schriftführer wurde Herr Dr. Wolf-Rainer Krause (Blankenburg) gewählt, als Beisitzer Frau Anne-Marie Keding MdL (Magdeburg), Frau Min. Franziska Weidinger (Wanzleben), Herr Jürgen Scharf (Magdeburg), Herr Bernhard Ritter (Bennungen), Frau Christina Schneppe (Bennungen), Frau Gisela Schütze-Freyhsleben (Raguhn-Jeßnitz), Herr Klaus-Dieter Theise (Lindhorst) und Frau Heike Wießner (Halle).

Des Weiteren wurden die Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz bestimmt.



Stephen Gerhard Stehli ©Foto Rayk Weber

Stephen Gerhard Stehli sagt gerne, dass er die meiste Zeit seines Lebens in den beiden bedeutendsten Städten der Welt verbracht hat: New York und Mag-

deburg. Der studierte Jurist und ordinierte Prädikant mit theologischem Abschluss, Jahrgang 1961, ist in den Vereinigten Staaten von Amerika zuhause, wo seine Eltern beruflich tätig waren. Nach dem Abitur in Karlsruhe und dem Studium in München, Bonn, Genf und London nebst Referendariat war er seit 1991 bis 2021 ununterbrochen in der Verwaltung des Landes Sachsen-Anhalt tätig, als Justitiar des Wissenschaftsministeriums, des Kultus- und nunmehr des Bildungsministeriums, wo er auch für Religions- und Ethikunterricht zuständig war. Ferner gehörten zu seinem Aufgabengebiet die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Sachsen-Anhalt. Er war das staatliche Gegenüber der beiden kirchlichen Beauftragten. Seit der Wahl im Juni 2021 gehört Stephen Gerhard Stehli dem Landtag von Sachsen-Anhalt an. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultur und Mitglied im Rechtsausschuss.

Ehrenamtlich ist Stephen Gerhard Stehli in vielen Bereichen tätig, als Vorsitzender des Gemeindegemeinderats der Magdeburger Domgemeinde, als Präses der Magdeburger Kreissynode und Kreiskirchenratsmitglied sowie als Vizepräses und Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Er ist Rechtsritter des Johanniterordens und als Regionalvorstand Magdeburg/Börde/Harz der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Reserveoffizier (Oberstleutnant) im Kreisverbindungskommando Magdeburg, Kuratoriums- bzw. Stiftungsratsmitglied der beiden evangelischen Schulstiftungen in der EKM und bei den Ökumenischen Schulen (Domgymnasium und Domgrundschule) in Magdeburg, sowie Vorsitzender der Steuben-Schurz-Gesellschaft Magdeburg e.V., um einige zu nennen.

Dem Förderverein Dom zu Magdeburg e.V. sitzt Stehli seit fast fünfundzwanzig Jahren vor. Überhaupt der Dom: seit über zwanzig Jahren hat der ordinierte Prädikant Stehli einen Predigtantrag im Kirchenkreis Magdeburg inne, den er häufig am Magdeburger Dom und in anderen Gemeinden wahrnimmt. Fragen der Ökumene liegen ihm in besonderer Weise am Herzen, im Umgang sowohl mit der römisch-katholischen als auch mit der orthodoxen Kirche. Neben anderen Auszeichnungen erhielt Stehli für sein ehrenamtliches Engagement 2011 vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande. CDU und EAK-Mitglied seit 1981, setzt er sich auch aus seinen vielfältigen Verbindungen in Kirche und Gesellschaft heraus engagiert für die besonderen Belange des Evangelischen Arbeitskreises ein. Privat ist Stehli, der ledig ist, vielfältig als Reiseleiter unterwegs, lange Jahre auch für die Otto-von-Guericke Gesellschaft e.V. an der Magdeburger Universität. Das Heilige Land, Israel und Palästina,

haben es ihm besonders angetan, aber auch der ganze Nahe Osten und der Mittelmeerraum, und natürlich gerade auch sein Heimatland USA.



Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach ©Foto: privat

Als stellvertretender Landesvorsitzender wurde Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach (Merseburg) wiedergewählt.

Nach dem Studium der Landwirtschaftswissenschaften und Chemie in Jena und mehrjähriger Praxis-tätigkeit war er in verschiedenen Einrichtungen als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig, ehe er 1990 zum Professor der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften ernannt wurde. Von 1998 bis 2005 wirkte er als Hochschullehrer und von 2000 bis 2003 als Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Daneben hatte er von 1997 bis 2001 den Vorsitz der Deutschen Gesellschaft für Pflanzenernährung inne. Seine wissenschaftlichen Aktivitäten führt Prof. Merbach auch im Ruhestand fort. Er ist Autor/Mitautor/Herausgeber von mehr als 450 wissenschaftlichen Einzelpublikationen und 37 Büchern. Seit 2006 ist er Vorsitzender der Fördergesellschaft für Agrarwissenschaften e. V. Seit 1991 war und ist Prof. Merbach in unterschiedlichen Funktionen der CDU, des EAK und der Seniorenunion ehrenamtlich tätig.

Beispielsweise war er von 2000 bis 2021 (mit zwei Unterbrechungen) Beisitzer im CDU-Landesvorstand Sachsen-Anhalt und von 2014 bis 2020 Beisitzer im Bundesvorstand der Senioren-Union. Derzeit ist er u. a. Mitglied des CDU-Stadtvorstands und Stadtrat in Merseburg, Beisitzer im CDU-Kreisvorstand

Saalekreis und Vorsitzender des Landesfachausschusses „Wissenschaft“. Prof. Merbach ist gewähltes Mitglied im EAK - Bundesvorstand (seit 2005) und Landesvorsitzender der Seniorenunion der CDU Sachsen - Anhalts (seit 2012). 2016 wurde ihm für seine wissenschaftlichen Verdienste das Bundesverdienstkreuz verliehen.



Andreas Schumann MdL ©Foto: privat

Als stellvertretender Landesvorsitzender wurde Andreas Schumann MdL wiedergewählt.

Andreas Schumann wurde am 9.6.1964 in die Familie eines Kirchenmusikers und einer Krankenschwester geboren.

Nach der Schule erlernte er einen Handwerksberuf. Den Dienst mit der Waffe lehnte Andreas Schumann aus politischen und pazifistischen Gründen bei der NVA ab und leistete seinen Militärdienst als Bausoldat ab.

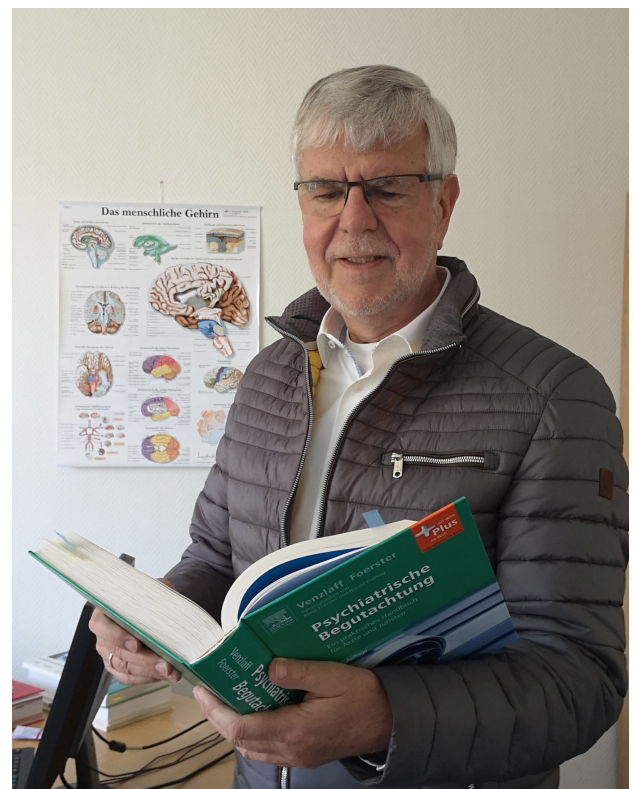
1985 nahm er ein Studium der Musik und Musikpädagogik an der Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden auf, das er 1990 als Diplom-Musiker/ Musikpädagoge abschloss. Seit 1989 ist er als Posaunist Mitglied der Magdeburger Philharmonie. Schumann arbeitete ab 1990 als Musikpädagoge an der Kreismusikschule Oschersleben und wechselte 1999 in gleicher Funktion zum Konservatorium Georg Philipp Telemann nach Magdeburg. Seine Tätigkeiten

bei Philharmonie und Konservatorium ruhen seit der Annahme seines Landtagsmandates 2016.

Schumann ist seit 1999 Mitglied der CDU, seit 2006 Vorsitzender des CDU Ortsverbandes Magdeburg-Südost, seit 2009 Stadtrat, dabei von 2014-2019 Stadtratsvorsitzender. Bei der Landtagswahl 2021 konnte Schumann sein Direktmandat der CDU im Wahlkreis 13 (Magdeburg IV) überzeugend verteidigen.

In der Landtagsfraktion der CDU arbeitet er im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus und im Ausschuss für Bundes-, Europa-, Medien sowie Kultur. Er ist der kulturpolitische Sprecher der CDU Fraktion, vertriebenenpolitische Sprecher der CDU Fraktion sowie im Wirtschaftsausschuss der Sprecher für Abfall und Kreislaufwirtschaft.

Ehrenamtlich ist Andreas Schumann seit Oktober 2021 Präsident des Chorverbandes Sachsen-Anhalt e.V., seit März 2018 Vorsitzender des Domglocken Magdeburg e.V., seit 2015 Mitglied des Förderverein Magdeburger Dommuseum und seit 2006 Vorstandsmitglied des VfB Ottersleben e.V.



Dr. Wolf-Rainer Krause ©Foto: privat

Erneut wurde Dr. Krause in den Landesvorstand gewählt. Dr. Wolf-Rainer Krause war langjähriger Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Blankenburg. Er ist Nervenarzt, Psychotherapeut und Gutachter. Er übt verschiedene Wahl- und Berufungsfunktionen in der Ärztekammer Sachsen-Anhalt aus. Er ist Ehrenvorsitzender einer medizinisch wissenschaftlichen Fachgesellschaft. Er publizierte zu den Themen Autogenes Training, Biofeedback und

Hypnose. Er ist Mitbegründer und Vorsitzender des Vereines der Förderer, Freunde und ehemalige Schüler des Gymnasiums am Thie, Gründer und Vorsitzender des Vereines Lebenskraft zur Unterstützung psychisch Kranker und Mitglied im Vorstand der Stiftung St. Georgenhof. Dr. Krause ist verheiratet mit Dipl. Med. päd. Marion Krause, systemische Familientherapeutin. Die Familie hat zwei Söhne und drei Enkel.



Anne-Marie Keding MdL ©Foto: CDU-Landtagsfraktion

Auch Anne-Marie Keding ist wieder zur Beisitzerin gewählt worden. Keding, Jahrgang 1966, ist verheiratet und hat zwei gerade erwachsene Kinder. Sie studierte Rechtswissenschaften in Freiburg und München und ist seit 1994 als Beamtin im Landesdienst tätig. Sie war Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und danach Ministerin für Justiz und Gleichstellung. Seit letztem Sommer ist sie Mitglied des Landtages und dessen 1. Vizepräsidentin.

Keding ist seit 1985 CDU-Mitglied und seit 2014 stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes Magdeburg. Sie kommt aus der evangelisch-lutherischen Kirche und interessiert sich besonders für das Verhältnis Staat – Kirche.

Als weiteres Mitglied wurde der Pastoralpsychologe/Pfarrer Bernhard Ritter, MdL a.D. (* 6. März 1950 in Wolkenburg/Sachsen) gewählt. Er war von 1990 bis 1998 Mitglied im Landtag von Sachsen-Anhalt und hatte darüber hinaus eine Fülle parteilicher und gesellschaftlicher Funktionen inne. Er war in der DDR parteilos und trat Februar 1990 der CDU bei. Er war 1989 Initiator der theologischen Arbeitsgruppe „Christ

und Gesellschaft in der DDR“. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 wurde er zum Gemeindevertretervorsteher von Bennungen gewählt. Er wurde bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1990 und 1994 direkt in den Landtag gewählt. Bernhard Ritter besuchte bis 1966 die POS in Wolkenburg und bis 1968 die Volkshochschule in Glauchau (Abitur), 1966 bis 1969 Lehre zum Elektromonteur. 1968 wurde er wegen der Beteiligung an der Reformbewegung des „Prager Frühlings“ verhaftet und zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt; 1993 rehabilitiert.



Bernhard Ritter ©Foto: privat

Bernhard Ritter ist verheiratet und hat sechs Kinder. 1969 bis 1974 arbeitete er als Hochspannungsmonteur in Halle (Leuna/Buna). Seit 1974 ist er Pfarrer in Bennungen, heute Landkreis Mansfeld Südharz. Von 1970 bis 1978 studierte er Elektrotechnik, Theologie und Philosophiegeschichte und qualifizierte sich 1984 bis 1987 bei Prof. Dr. Gerard van den Aardweg in Amsterdam/Haarlem/NL als Pastoralpsychologe. Er war Gründer und Leiter des Arbeitskreises „Befreiende Seelsorge“, der heutigen „Gesellschaft für Lebensorientierung – LEO e.V.“, deren 1. Vorsitzender er ist. Diese Gesellschaft arbeitet seit 30 Jahren für die Überwindung individueller Persönlichkeitskonflikte und für die Stärkung von Ehen und Familien.



Jürgen Scharf ©Foto: Wiegand

Jürgen Scharf (Magdeburg) gehört dem EAK seit seiner Gründung 1992 an und war bis 2022 dessen Vorsitzender und ist weiterhin Mitglied im Landesvorstand.

Er wurde am 15. September 1952 in Salzwedel geboren, ist evangelisch und verheiratet. Er hat eine Tochter. 1975 schloss er als Diplom-Mathematiker ein Studium an der Technischen Hochschule „Otto von Guericke“ in Magdeburg ab. Danach war er in der angewandten Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Lacke und Farben tätig. Von 1990 bis 2018 war er Betriebsratsvorsitzender in der Magdeburger Lacke GmbH, jetzt Institut für Lacke und Farben Magdeburg.

In seiner Freizeit ging und geht er verschiedenen ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Evangelischen Kirche auf der Gemeinde- und Landesebene nach. So ist er Mitglied eines Gemeindekirchenrates und war von 2000-2008 Mitglied der Synode der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

1990 war er Mitgründer des Ökumenischen Domgymnasiums Magdeburg, 2012 Mitgründer der Evangelischen Domgrundschule Magdeburg und ist heute stellvertretender Vorsitzender des Trägervereines und Vorsitzender des Fördervereines.

Von 2010 bis 2016 war er Mitglied des Stiftungsrates der Kloster Bergische Stiftung und der Stiftung

Kloster Unser Lieben Frauen (sog. Magdeburger Altstiftungen).

Im Februar 2016 wurde er vom katholischen Bischof von Magdeburg, Dr. Gerhard Feige, zum Mitglied des Vergabebeirates der Flüchtlingshilfe Sachsen-Anhalt berufen.

Seit 1976 ist er Mitglied der CDU. Er war von 1978 bis 1983 Abgeordneter in der Stadtbezirksversammlung Magdeburg-Südost. Er war von 1994 bis 2010 Vorsitzender des CDU-Stadtvorstandes. Er ist Mitglied im CDA-Landesvorstand (CDA). Diesen führte er von 1994 bis 2003 als Vorsitzender. 1990 zog er als Abgeordneter für den Wahlkreis Magdeburg (12) in den Landtag ein und wurde dort zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Dieses Amt übte er bis 1993 und von 1994 bis 2002 aus. In dieser Zeit war er auch Sprecher für Finanzen. Von Dezember 1993 bis zur Landtagswahl 1994 als auch in der vierten und der fünften Wahlperiode von 2002 bis 2011 war er Fraktionsvorsitzender. In der 6. Wahlperiode bis 2016 war er Mitglied im Ausschuss für Natur- und Umweltschutz und stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultur. Für die 7. Wahlperiode hat er nicht wieder kandidiert. Auf dem 27. Landesparteitag 2016 wurde er für langjährige Verdienste in der CDU mit der Dr. Leo-Herwegen-Medaille ausgezeichnet, auf der EAK-Landestagung 2022 mit der Verdienstmedaille der CDU Deutschlands.



Christina Schneppe ©Foto: privat

Frau Schneppe (*11.10.1946 in Sangerhausen) wurde erneut als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt.

Christina Schneppe ist verwitwet, hat 2 Kinder und 4 Enkelkinder. Nach dem Abitur 1965 an der Erweiterten Oberschule Geschwister Scholl in Sangerhausen erlernte sie den Beruf als Wasserwerksfacharbeiterin und studierte von 1966-1969 an der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft und Bauwesen in Magdeburg mit

dem Abschluss Ing. für Wasserwirtschaft (nach der Wende anerkannt als Dipl. Ing.). Tätig war sie von 1974 bis 1988 beim Rat der Gemeinde Wallhausen, leitete in den 70-er Jahren den Wasserleitungsbau in Wallhausen und begann ihre Tätigkeit 1988 als Beauftragte für Wasserwirtschaft beim Rat des Kreises Sangerhausen.

Wegen unterschiedlicher Auffassungen in Bezug auf Umweltschutz zwischen ihr und ihren Vorgesetzten bekam sie massiv Probleme. Diese setzten sich nach der Wende in der Kreisverwaltung fort, als es um die Abwasserbeseitigung im Landkreis ging. Sie kämpfte gegen die teuren Projekte und deren Ausführungen. Daraufhin wurde sie auf andere Stellen versetzt und war dann bis 2012 im Straßenverkehrsamt in der Führerscheinstelle tätig. In dieser Zeit gaben ihr die Familie und der Glaube Halt und Zuversicht.

1994 trat sie in die CDU ein, wurde Vorsitzende der Frauen Union des Kreises Sangerhausen, dann Beisitzerin im Landesvorstand der Frauen Union. Sie versuchte auch in diesen Positionen Frauen für den Umweltschutz aber insbesondere gegen die viel zu großen und zu teuren Abwasserprojekte zu sensibilisieren. Das waren auch Gründe, um aus den Ämtern in der Frauen Union abgewählt zu werden.

Danach erfolgte 1998 die Gründung des EAK der CDU des Kreises Sangerhausen von dem sie Vorsitzende wurde. Dadurch wurde sie in den Landesvorstand eingeladen und danach auch als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt. Bedauerlicher Weise gibt es im Landkreis Mansfeld-Südharz keinen EAK mehr.

Sie ist Beisitzerin im CDU-Kreisvorstand Mansfeld-Südharz, Vorsitzende des Ortsverbandes „Goldene Aue-Südharz“, im Gemeinderat der Gemeinde

Wallhausen, seit 2019 im Gemeindegkirchenrat und wurde 2022 in den Landesfachausschuss für „Umwelt und Energie“ berufen.

Mein Name ist Gisela Schütze-Freyhsleben. Ich bin am 09. 08. 1949 in Bitterfeld geboren. Seit 2015 bin ich verwitwet.

Ich lebe in Jeßnitz (Anhalt) und stamme damit aus der kleinsten evangelischen Landeskirche.

Beruflich habe ich nach dem Abitur Ingenieurökonomie studiert und habe in dem Beruf zuletzt in einem chemischen Betrieb in Bitterfeld gearbeitet.

In der ersten Legislaturperiode nach 1990 war ich hauptamtliche Bürgermeisterin in Jeßnitz. Danach habe ich mich um meinen Mann (19 Jahre älter als ich) gekümmert.

Inzwischen bin ich Rentnerin.

Mitglied der CDU bin ich seit 1967. Die Mitgliedschaft habe ich ruhen lassen und bin seit 2016 wieder Vollmitglied. In der CDU engagierte ich mich als Beigeordnete im Kreisvorstand Anhalt-Bitterfeld, als Mitglied des Kreisvorstandes der Frauenunion und in der Seniorenunion im KV Anhalt-Bitterfeld. In diesem Jahr wurde ich in den Landesvorstand des EAK als Mitglied gewählt.

Im Kreissenorenbeirat arbeite ich auf Vorschlag der evangelischen Kirche als Vorsitzende mit.

In der evangelischen Kirche bin ich als Gemeindegkirchenratsmitglied, als berufene Lektorin, als ehrenamtliche Organistin und als Mitglied des Vorstandes der Kreissynode Dessau tätig.



Gisela Schütze-Freyhsleben ©Foto: privat



Klaus-Dieter Theise ©Foto: privat

Wiedergewählt wurde Herr Theise. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Er besuchte die höhere Handelsschule und ist Mineralölkaufmann und Diplom-Controller.

Sein beruflicher Werdegang umfasst verschiedene Tätigkeiten in der Wirtschaft, der Treuhandanstalt GS Rostock und einer Tätigkeit im Ministerium für Wirtschaft, Technologie & Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt. Er war Leiter einer Task-Force und Geschäftsführer der Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH.

Seit 2014 ist er Geschäftsführer der Firma Hamex Bau & Immobilien GmbH.

Herr Theise trat 1991 in die CDU ein. Er ist Beisitzer im CDU-Ortsverband Magdeburg Sudenburg und seit 2001 Schatzmeister im CDU-Kreisverband Magdeburg. Seit 2013 ist er Beisitzer in der Mittelstandsvereinigung der CDU in Magdeburg.



Min. Franziska Weidinger ©Foto: privat

Franziska Weidinger wurde als Beisitzerin gewählt. Sie ist seit dem Jahr 2021 Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt und damit für alle Gerichtsbarkeiten, die Staatsanwaltschaften, die Justizvollzugseinrichtungen und dem Sozialen Dienst der Justiz zuständig.

Geboren wurde sie am 8. Oktober 1976 in Halberstadt und in der Johanniskirche in ihrer Geburtsstadt getauft. Nach dem Schulbesuch hat sie Rechtswissenschaften in Dresden studiert. Ab dem

Jahr 2004 wurde sie Richterin an den Sozialgerichten Halle (Saale) und in der Landeshauptstadt Magdeburg. 2012 wechselte sie in das Justizministerium Sachsen-Anhalt. Zunächst war sie dort im Haushaltsreferat, anschließend als Referentin für Personalangelegenheiten des Justizvollzuges und später als Leiterin dieses Referats tätig. Im Jahr 2019 wurde sie Leiterin des Ministerbüros und 2021 dann Referatsleiterin für den Elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt. Die Ernennung zur Ministerin erfolgte im September 2021. Franziska Weidinger, die seit 2003 Mitglied der CDU ist und sich u. a. für den Förderverein des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums sowie als ehrenamtliche Schiedsperson engagiert hat, lebt mit ihrem Partner und dem gemeinsamen Kind in der Stadt Wanzleben-Börde bei Magdeburg.



Heike Wießner ©Foto: privat

Als weitere Beisitzerin wurde Heike Wießner wieder gewählt. Sie wurde am 25. April 1964 in Görlitz geboren. Sie hat vier Kinder und lebt in einer glücklichen Beziehung. Sie ist Mitglied im GKR und ehrenamtlicher Küster der evangelischen Johannesgemeinde Halle/Saale.



Kessler, Verena
Die Gespenster von Demmin
München: Hanser, 2021
ISBN: 978-3-446-26784-8
Preis: 22,00 €, 240 Seiten
Altersempfehlung: ab 14 Jahre

sich darin gleichen, dass der Tod eine existenzielle Rolle in der Vergangenheit gespielt hat. Die Frage nach dem Sinn des Lebens wird hier ebenso verhandelt, wie das selbstbestimmte Sterben, das auf ganz verschiedene Weise thematisiert und damit auch vielschichtig und mehrperspektivisch erschlossen wird. Sensibel erzählt, kein bisschen träge, eher auch komisch und lebendig wird dieses herausfordernde Thema bearbeitet. So wird Geschichte auch mit der Gegenwart verknüpft und anschaulich. Und die Bedeutung des Einzelnen im Gefüge der Gesellschaft wird regelrecht greifbar, wenn deutlich wird, wie abhängig unser ganzes Sein von den anderen ist. Das beinhaltet auch eine starke Aufforderung. Ein engagiertes Buch – unbedingt zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte: Sup. Stehan Hoenen, Anne-Marie Keding MdL, Dr. Roger Mielke, Dr. Wolf-Rainer Krause, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Bernhard Ritter, Prof. Dr. Michael Ritter, Jürgen Scharf, Christina Schneppe, Andreas Schumann MdL, Stephen Gerhard Stehli MdL, Gisela Schütze-Freyhsleben, Klaus-Dieter Theise, Min. Franziska Weidinger, Heike Wießner

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: April 2022:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.